

Anlage 2 zu TOPS
d. Ratssitzung v. 21.02.06

Wortbeitrag der SPD-Fraktion zur Vorlage 057 / 06

Auf Antrag der SPD Fraktion beraten wir heute die vorliegende Resolution.

Wir halten es für selbstverständlich, dass alle kommunalpolitisch verantwortlich tätigen Kolleginnen und Kollegen den Inhalt dieser Resolution stellvertretend für die Bürgerschaft unterstützen. Die Ausführungen sind differenziert und nachvollziehbar.

Das Land will, dass Kommunen die Elternbeiträge erhöhen. Das Land will Kosten auf die Kommune verlagern. Im Jahr der Kinder will das Land 104,8 Mio Euro nach unten verlagern. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2006 liegt damit deutlich unterhalb der Bedarfe der Jahre 2004 und 2005. Im Jahr 2007 wird die Förderung des Landes noch weiter sinken.

Rheine wird nach jüngsten Berechnungen einen Betrag in Höhe von 275.000 Euro im Sachkostenbereich und im Betriebskostenbereich 2006 195.000 Euro kompensieren müssen. Also insgesamt 470.000 Euro.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Landesregierung in einer Zukunftsfrage aus ihrer politischen Verantwortung stiehlt und müssen den damit verbundenen Bildungsabbau verhindern.

Das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW hat sich in seiner Sitzung am 31.01.2006 eingehend mit den Entscheidungen der Landesregierung vom 7./8.12.2005 zum Landeshaushalt 2006 und hier besonders mit den geplanten Sparmaßnahmen zum Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder befasst. Das Präsidium hält den vorgesehenen deutlichen Teilrückzug des Landes aus der über Jahrzehnte bewährten dualen Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder für völlig inakzeptabel.

Die NRW Wohlfahrtsverbände protestieren gegen die geplanten Kürzungen und warnen vor drohenden Schließungen von Kindertageseinrichtungen.

Ich befürchte, dass sich viele einen Kindergartenplatz nicht mehr leisten können. Dieser Sparkurs wird zudem die Qualität der Kindergärten deutlich verschlechtern. Es droht eine sprunghafte Steigerung der Kinderbetreuungskosten um bis zu 25 Prozent. Eltern müssen zukünftig für ein schlechteres Angebot deutlich mehr Geld bezahlen, weil das Land Defizite bei den Elternbeiträgen nicht mehr ausgleicht.

Der Kahlschlag bei den Tageseinrichtungen für Kinder macht deutlich, wie unglaublich CDU und FDP in der Familienpolitik sind. Gleiches gilt für die Familienzentren: Familienzentren können durch ihren ganzheitlichen Ansatz der Bündelung familienunterstützender Leistungen in Tageseinrichtungen für Kinder dazu beitragen, die individuelle Förderung der Kinder, die Erziehungskompetenz der Eltern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu optimieren. Die Förderung der Familienberatung, Erziehungsberatung und Familienbildung wird aber um rund fünf Millionen Euro zusammen gestrichen. Damit wird allen Institutionen, die in Zukunft das Familienzentrum bilden oder mit diesem kooperieren sollen, der finanzielle Boden entzogen, während gleichzeitig die Anforderungen steigen. Bei realistischer Betrachtung wird die Einrichtung von Familienzentren zwangsläufig zu spürbaren Kostensteigerungen in personeller und sachlicher Hinsicht führen.

Daher ist aus kommunaler Sicht eine angemessene und dauerhafte Mitfinanzierung unabdingbar. Die Mitfinanzierung durch das Land in personeller und sachlicher Hinsicht darf sich nicht in einer bloßen Anschubfinanzierung im Rahmen eines Modellprojektes erschöpfen, sondern muss auch darüber hinaus gesichert sein. Im übrigen versucht die Landesregierung beim Themenkreis Familienzentren nur alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen. Die Vernetzung der Arbeit der Kindertagesstätten mit anderen Institutionen der Familienberatung ist schon heute vielfach Standard. Qualitätssteigerung und Kostensenkung sind nicht vereinbar. Insofern kann man abschließend feststellen, dass sich die neue Landesregierung auf einem Irrweg befindet und den Menschen im Lande eine Mogelpackung verkaufen möchte. Die SPD Fraktion bittet um Zustimmung und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.